

Vier Beiträge zum Tarifkonflikt im Berliner Öffentlichen Dienst:

- die Anfänge (berlin von unten Nr. 1, April 2002)
- die Aufstellung zum Konflikt (berlin von unten Nr. 2, September 2002)
- die Tariffucht des Senats (berlin von unten Nr. 4, April 2003)
- und schließlich die "Einigung": Selbstmord aus Angst vor dem Tode? Der Tarifabschluß und der Flächentarifvertrag (berlin von unten Nr. 5, Herbst 2003)

Nach dem Wahlbetrug: Warnstreik gegen Verschlechterungen im Kita- Bereich

Viel mehr Menschen als erwartet kamen am Morgen des 19. April zum Roten Rathaus. Die Gewerkschaften GEW und Ver.di hatten in den städtischen Kitas gemeinsam zum Warnstreik aufgerufen, weil die Planungen des "rot-roten" Senates klar zu Lasten der Beschäftigten und der Kinder in den Einrichtungen gehen. Im Widerspruch zu den (Vor)Wahlversprechen werden allein im Kitabereich 856 Stellen "weggeplant", indem Gruppengrößen erhöht, die Personalzuschläge für Leitungstätigkeiten vermindert und Berufspraktikanten bei der Personalbemessung eingerechnet werden. Hausmeister, Küchenkräfte und andere hilfreiche und notwendige Kolleginnen und Kollegen sollen gänzlich abgeschafft werden. Das Essen soll dann aus Großküchen eingeflogen werden. Eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Kitas wird mit einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der Berliner Kinder einhergehen.

Zur Abwehr der Verschlechterungen wollen die GEW und ver.di die Beschäftigten in den städtischen Kitas mit einem Tarifvertrag schützen. Der Tarifvertrag soll insbesondere festlegen, wie viele Kinder eine Erzieherin betreuen soll. Der Senat weigert sich selbstverständlich strikt, einen solchen Vertrag zu schließen oder darüber auch nur zu verhandeln. Daher riefen die Gewerkschaften die Kitas zu einem Warnstreik von 6 bis 9 Uhr auf. Der Innensenator bezeichnete den Streik selbstverständlich als ungerechtfertigt und rechtswidrig. Trotzdem beteiligten sich etwa 550 der 856 aufgerufenen Kitas, Tausende zogen in mehreren Demonstrationenzügen vor das Rote Rathaus, an der Kundgebung beteiligten sich über 9.000 Menschen.

Dieser Erfolg ist zum einen vor dem Hintergrund der weitgehenden Ablehnung der Sparpolitik unter der Berliner Bevölkerung und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu sehen: Seit Jahren wird im Großen privatisiert und im Kleinen an jeder Ecke gespart. Die Verschlechterungen sind offensichtlich. Und dann führte die Pleite der Bankgesellschaft den Widersinn der "Konsolidierungspolitik" jedem vor Augen. Zum andern hat der gemeinsame Aufruf von GEW und ver.di eine einheitliche Mobilisierung ermöglicht.

Wir sind überzeugt, dass die Berliner Bevölkerung nicht nachvollziehen kann, dass zum Ausgleich von Verlusten im Bereich der Immobilienspekulation die Bildung weiterhin nachhaltig verschlechtert wird. Mit Recht wird vielen das Verständnis dafür fehlen, die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien einseitig zur Kasse zu bitten. (Aus dem Brief der GEW Berlin an die Parteitage der SPD und PDS)

Frühzeitig hatte die GEW gegen die Sparpläne der neuen Berliner Stadtregierung mobil gemacht. Unter dem Motto "Nikolaus pack die Rute aus" zogen im Dezember Erzieherinnen, Kinder und Eltern vor das Rote Rathaus. Kurz zuvor waren die

Verhandlungen zur "Ampel"- Koalition von FDP, Grünen und SPD geplatzt. In den Koalitionsverhandlungen hatte man sich u.a. schon auf die Privatisierung von 70% der städtischen Kitas geeinigt. Daran war die Koalition nicht gescheitert. Nun stand die SPD-PDS- Koalition vor der Tür – kein Grund den Protest abzusagen. Skeptisch erinnerten Erzieherinnen Gregor Gysi schon mal an seine Wahlversprechen. In einem großer Sack wurden Ruten gesammelt, an denen die Forderungen der Beschäftigten und Eltern befestigt waren. Viele Kindergruppen und selbst gebastelte Transparente bestimmten das Bild. Hier und da klebte auch noch ein alter ÖTV- Aufkleber aus der Zeit des Kitastreiks 1989/90. Nicht zu sehen waren aber ötv- oder ver.di – Fahnen. Die GEW hatte sich im Vorfeld der Demonstration zwar gezielt um eine gemeinsame Aktion mit den entsprechenden ver.di Gliederungen bemüht. Wie man hört, wurde sie aber von Leuten aus der alten ÖTV- Berlin ebenso gezielt hingengelassen. Der 10 wöchige Kitastreik in Westberlin vor 12 Jahren steckt allen damals Beteiligten noch in den Knochen.

Auch damals ging es um einen Tarifvertrag, in dem die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen festgelegt werden sollten. Auch damals gab es einen frisch gebacken Senat von Reformparteien (damals: rot- grün). Auch damals weigerte sich der Senat, überhaupt über dieses Thema zu verhandeln. Nach 10 Wochen Streik in 371 von 396 westberliner öffentlichen Kitas wurde der Streik ohne Kompromiß beendet. Die Solidarität anderer Bereiche (BVG, BSR) blieb symbolisch. Die Eltern waren mit ihrer Kraft und den Nerven am Ende. Der Senat beschloß die Finanzierung und Organisation des Streikbruchs, mit übertariflicher Bezahlung für Eltern, die die Betreuung übernehmen wollten. Weil keine Aussicht auf einen Abschluß mehr bestand, beschloß die gemeinsame Tarifkommission mit der Mehrheit der ötv eine "Aussetzung" des Streiks. Eine Urabstimmung unter den Kolleginnen über die – nicht vorhandenen – Ergebnisse wurde abgelehnt. Diese Entmündigung der Kolleginnen führt zu heftiger Kritik, auch von der GEW. Es kam zu Übertritten enttäuschter Kolleginnen aus der ötv. Es ist kein Zufall, daß der Kitastreik am 19. April nur vom Landesvorsitzenden der GEW Ullrich Thöne erwähnt wurde, der nicht nur auf die Erfahrungen, sondern auch auf die Skepsis gegenüber dem Kampfmittel Streik hinwies.

Denn die ersten Betroffenen sind die Eltern. Die schaffen ihre Kinder ja nicht nur wegen der Bildungsmöglichkeiten in die Kitas, sondern weil sie noch etwas anderes zu tun haben oder einfach auch tun wollen. Nicht nur die Kinder brauchen Kitas, die Eltern auch, alltäglich. Deshalb sind sie auch erst einmal mit den Erzieherinnen solidarisch. Aber dann? Die nächste Schlußfolgerung wurde von einigen Kolleginnen sehr selbstverständlich ausgesprochen: wenn auch BVG und BSR streiken, kann der Senat uns nicht wegschieben. Wenn alle zusammen, dann.... Nun sind Solidaritätsstreiks im deutschen Arbeits- und Tarifrecht nicht vorgesehen. Aber auch traditionell sichere Bereiche des öffentlichen Dienstes haben in den letzten Jahren Erfahrungen mit massiven Verschlechterungen gemacht. Beschäftigungsrückgang, Arbeitsverdichtung. Privatisierung. Noch jede Verschlechterung wurde mit der "Sicherung der Arbeitsplätze" begründet. Noch jede Verschlechterung hat dann doch nur den Druck auf die Kollegen und die Konkurrenz unter ihnen vergrößert.

Leider kamen diese realen Schwierigkeiten auf der Kundgebung kaum zur Sprache. Die Landesbezirksvorsitzende von ver.di Susanne Stumpfenhusen berichtete über die geringe Lernfähigkeit von Senatoren und rief: "Wenn keine Gesprächsbereitschaft eintritt, können wir noch ganz anders." Ja, aber wie denn? Wie anders kann ver.di dem Senat gegenüber treten? Darüber hätten wir gern mehr gehört. Es geht doch auch gar nicht um Gesprächsbereitschaft, sondern um die Ergebnisse von Gespräche. Da ist

eine Besserung lange nicht in Sicht.

Zwar kann man, wie Ulli Thöne, die Ergebnisse der PISA- Studie als ein gutes Argument für eine Verbesserung statt der Verschlechterung der frühkindlichen Bildung verwenden. Da rennt er bei der Gegenseite aber sicher offene Türen ein. Nur will der Senat die höhere Bildungsqualität auf Kosten der Lebensqualität der Beschäftigten erreichen. Es ist immer gefährlich, auf die Interessen der Gegenseite zu spekulieren, statt die eigenen Kräfte zu bündeln. Am Rande der Kundgebung wurde ein ver.di – Flugblatt verteilt: auf der ersten Seite betont es die Bedeutung der Arbeit in den Kitas, auf der zweiten Seite ruft ver.di zu Taten auf, aber zu welchen Taten: "Macht mit. Zeigt die Qualität eurer Arbeit. Dokumentiert die Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungsprozesse." Haben die Kolleginnen nicht dringenderes zu tun, als ihre Arbeit zu dokumentieren und damit Sympathien zu werben? Wären nicht auch Mißstände zu dokumentieren, die sich in jahrelanger Sparpolitik angesammelt haben? Auf diese Nachfragen erklärte der Kollege Flugblattverteiler, er käme aus dem Gesundheitsbereich, dort gelte seit Jahren die Parole "Wer schreibt, der bleibt!" Damit müsse man sich eben abfinden. Aber den Kitas fehlt es gerade nicht an guter Presse. Den Kitas fehlen schon heute Stellen für eine sinnvolle Arbeit (Sprachförderung!) und Geld für nötigste bauliche Maßnahmen, pädagogische Projekte und Bastelmaterial. Man schafft den Interessenkonflikt nicht aus der Welt, wenn man sich den Kopf des Arbeitgebers zerbricht.

"Aber die Kitas waren schon immer gewerkschaftlich gut organisiert."

Ingrid Stahmer, SPD, mehrfache Senatorin,

Die Beteiligung der Kita- Beschäftigten am Warnstreik war hoch. Es ist auch nicht so schwierig, weitere Unterstützung zu mobilisieren. Seit Wochen finden in Berlin Warnstreiks der IG Metall statt. An verbalen Solidaritätserklärungen hat es nicht gefehlt. Auch Metalller haben Kinder. Dann kann man doch auch gemeinsame Kundgebungen machen. Die Kollegen der BVG und der S- Bahn sind sicher bereit, neben der Werbung kommerzieller Unternehmen auch mal Flugblätter und Plakate der Berliner Erzieherinnen mit den Bussen, U- und S- Bahn zu befördern. Und warum müssen die Erzieherinnen der freien Träger 5 Tage später vor das Rote Rathaus ziehen? Das fein säuberliche Auseinandersetzen aller Bereiche fördert alles mögliche, nur keine Solidarität. Pünktliche Informationen über und Abstimmung von Aktionen, die ohnehin stattfinden, daß ist nicht zuviel verlangt. Da kann jeder etwas beitragen.

Denn die Auseinandersetzungen werden hart werden. Der SPDS- Senat schlägt auch auf dem Gebiet der Bildungspolitik die Erbschaft der großen Koalition nicht aus. Am 9. April hat der neue Senat bewiesen, daß er vor 70.000 Anlegern in den Fonds der Bankgesellschaft mehr Respekt hat als vor der Mehrheit der Berliner. Wer in dieser Situation Verschlechterungen abwehren will, darf einen erfolgreichen Warnstreik nicht als Drohkulisse für Verhandlungen verbrauchen. Die vielen Kolleginnen und Kollegen sind keine Statisten, vor deren Kulisse die Hauptdarsteller sich präsentieren können. Sie sind die Hauptfiguren, sonst fällt die Veranstaltung aus.

–

Erstveröffentlichung: berlin von unten, 1, April 2002

Die Kahlschlagsanierer des rot-roten Senats treffen auf Widerstand - doch auch der hat Probleme

Am 18. April, einen Tag vor dem Warnstreik der Kitabeschäftigten, stellte der Finanzsenator Sarrazin den Haushaltsentwurf für die beiden Jahre 2002/2003 im Abgeordnetenhaus vor. Damit begann eine Auseinandersetzung, die auch mit der Verabschiedung des Haushalts Ende Juni nicht beendet ist. Geht es doch nun darum, die Sparziele der Koalition in konkrete Streichungen umzusetzen.

Derzeit hat der Berliner Haushalt ein Volumen von etwa 20 Mrd. Euro. Die aufgelaufenen Schulden des Landes Berlin betragen z.Zt. mehr als 38 Milliarden Euro. Diese Summe kann das Land nie zurückzahlen. Das weiß auch der Senat. Seine Strategie zielt auf etwas anderes: Ohne Berücksichtigung der Bankenkrise und der steigenden Zinsbelastung beträgt der jährliche Fehlbetrag im Haushalt etwa 2 Mrd.. Diese 2 Milliarden will der Senat in den nächsten Jahren auf Null bringen, um gegenüber dem Bund seine Sparanstrengungen vorweisen zu können und sich – wie Bremen oder das Saarland - eine Hilfe bei der Schuldentilgung zu "verdienen". Es geht um die Bedingungen, unter denen der Bund und die anderen Länder zahlen werden. "Glaubhafte Sparanstrengungen" gelten der "rot-roten- Koalition" als die entscheidende Vorleistung der Berliner.

Die Vorstellungen der Senatsseite sind sehr konkret: ein Großteil der Streichungen wird pauschal den Bezirken zugewiesen, die in der direkten Auseinandersetzung mit den Bedürftigen der Stadt viel effizienter vorgehen sollen. Die Bezirke sollen auch den Löwenanteil bei den Personaleinsparungen (insgesamt etwa 12.000 Stellen) erbringen: hier sollen 4.836 Stellen wegfallen, gegenüber 2.570 in den zentralen Verwaltungen, etwa 1.000 bei der Polizei und 1.100 Lehrerstellen. Bis 2004 gilt noch der vereinbarte Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen im öffentlichen Dienst. Bis dahin geht es also "nur" um den Wegfall der Stellen ausscheidender Kolleginnen und Kollegen und um Kündigungen aus persönlichen Gründen, um Arbeitsverdichtung und zusätzlichen Druck. Mit dem Wegfall tausender Stellen ist aber nicht getan: die verbleibenden Kollegen sollen auch weniger kosten. Ein "Solidarpakt" mit den Gewerkschaften ist schon fest in den Haushalt eingeplant. "Das Problem: Die Umsetzung des Solidarpaktes mit den Gewerkschaften erfordert eine durchschnittliche Absenkung von Löhnen und Gehältern der aktiven Beschäftigten um 8,8 v.H. Wenn der Solidarpakt nicht bis zum Herbst mit den Gewerkschaften abgeschlossen ist, müssen alternative Maßnahmen ergriffen werden." (Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin, Juni 2002)

Trotz dieser weitgehenden Sparplanungen übersteigt die geplante Neuverschuldung im Doppelhaushalt die Investitionsausgaben beträchtlich. Der Finanzsenator selbst bezeichnete den Haushalt daher in den Beratungen des Parlaments als "objektiv rechtswidrig" – die Opposition (CDU, FDP, Grüne) überlegt sich, ob man nicht deshalb gegen den im Juli rechtskräftig gewordenen Haushalt klagen solle. Gegen eine Verurteilung hätte zumindest der Finanzsenator nichts einzuwenden: hätte er doch endlich eine Handhabe um Zahlungen einzustellen und Tarifverträge zu kündigen. Der fromme Wunsch, das Sparen mit den Haushaltsplänen in geordnetere Bahnen zu lenken, lässt sich einfach nicht realisieren.

Die Ausarbeitung von Sparplänen ist das eine, ihre Umsetzung etwas anderes. Hier braucht es den ganzen politischen Einfluss der Koalitionsparteien und der bürgerlichen

Öffentlichkeit, um möglichen Widerstand zu verhindern. Mit Kritik an allzu rührigen Gewerkschaften hält sich auch die PDS nicht zurück: Die Partei des demokratischen Sozialismus verbreitet seit Mai eine Stellungnahme zum Kitawarnstreik vom April, in der es u.a. heisst: "Berlins Kita- und Hortlandschaft kann sich im bundesdeutschen Vergleich sehen lassen. Auch durch die beschlossenen Haushaltsmaßnahmen des Senats würde Berlin seine gute Position im Bundesvergleich nicht verlieren. Anderslautende Katastrophen-Rhetorik ist - wider besseres Wissen? - falsch. Die Beschlüsse des Senats sind maßvoll, mit Augenmaß und angesichts der Haushaltsnotlage behutsam."

Zudem wird – selbstverständlich – auf die Rechtswidrigkeit eines Streiks hingewiesen, der nach Ansicht der PDS den "Haushaltsgesetzgeber ... entmachtet" und auf "tarifpolitische Durchsetzung von Forderungen" zielt, "die sich dem Tariffrecht entziehen".

Der Stein des Anstoßes ist im Kitabereich das alte Projekt eines Tarifvertrages, der Arbeitsbedingungen und Standards für den erzieherischen und hauswirtschaftlichen Bereich feststellt. Anfang Juni haben ver.di und GEW einen entsprechenden Entwurf vorgestellt. Verhandlungen darüber werden wohl keine Ergebnisse bringen. Selbst die Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des "Sozialpaktes", die zwischen Gewerkschaften und Landesregierung Anfang Juni vereinbart wurden, brachten keinerlei Ergebnisse. Nicht einmal über die Ausgangsdaten, etwa die Zahl der Beschäftigten, konnten sich beide Seiten einigen. Parallel versuchten die Gewerkschaften, mit einzelnen Demonstrationen und größeren Personalversammlungen die Belegschaften zu mobilisieren – zur größten kamen am 12.06. etwa 15.000 Leute aus den Verwaltungen. In der Resolution heißt es: "Den Beschäftigten einen so genannten Solidarpakt mit dem Ziel des Bruchs von geltenden Tarifverträgen abzuverlangen, ist blanker Zynismus." Als Höhepunkt der Proteste war eine Massendemonstration geplant, die mit bis zu 50.000 Teilnehmer am 25. Juni Berlin "lahmlegen" und vor der Verabschiedung des Haushalts den Einfluss der Gewerkschaften klarstellen sollte.

Tatsächlich wurde Ende Juni der Einfluss der Gewerkschaften sehr deutlich, aber mit welchem Ergebnis: Auf der einen Seite wurde am 20.06. erneut der Kitabereich bestreikt. Noch mehr Kitas als im April waren zu: etwa 650 von 850 aufgerufenen Einrichtungen bleiben von 6 bis 10 Uhr geschlossen. Wiederum versammelten sich etwa 9.000 der insgesamt 15.000 Beschäftigten in diesem Bereich vor dem Roten Rathaus. Es sprachen nicht nur Vertreter der GEW und von ver.di, sondern auch der Geschäftsführer der IG BAU Berlin, Rainer Knerler. Nur 200 Meter weiter, an der Baustelle "Dom Aquaree", hatte die Baustellenleitung am selben Morgen Streikbruch versucht. (siehe Korrespondenz). Ob die Demonstranten aber "Teil einer mächtigen Bewegung" waren, wie Günther Waschkun von ver.di meinte? Dem Erfolg im Kitabereich steht nämlich auf der anderen Seite der Reifall bei der "Massendemonstration" am 25.06. gegenüber. Zu den 5 geplanten Demonstrationenzügen versammelten sich nur einige tausend Beschäftigte. Die Mobilisierung in den Verwaltungen war weitgehend ausgeblieben. Die Vorstellung, man bräuchte nur zu pfeifen und die Mitglieder kämen, die Vorstellung, mit Presseerklärungen fehlende Organisationen in den Einrichtungen ersetzen zu können – die alten Vorstellungen vom allmächtigen Apparat haben wohl einige Apparate selbst getäuscht.

Am 28. Juni wurde der Doppelhaushalt beschlossen. Am 2. Juli haben sich Gewerkschaften und Senat ergebnislos auf Mitte September vertagt. Kompromisse

sind wohl nicht in Sicht – und eine Konfrontation noch vor der Bundestagswahl liegt nicht im Interesse beider Seiten. Mit Inkrafttreten der Haushaltsgesetze werden rückwirkend zum 1. Juli erste Kürzungen an den Gehältern wirksam: bei den Angestellten werden 1,41% weniger gezahlt, wobei diese Mittel im Westteil für die VBL verwendet werden sollen, im Ostteil sind sie ein reiner Abzug, da hier die Regelungen zu den VBL nie übernommen wurden. Spareffekt: 15 Millionen € im Jahr. Zugleich wird die Arbeitszeit der Beamten im Westteil auf Ostniveau gehoben: 40 Stunden.

Andere Parlamentsbeschlüsse werden nicht so rasch umgesetzt: im ersten Halbjahr 2002 galt größtenteils eine Haushaltssperre, eigentlich sollte sie mit Inkrafttreten des Haushalts aufgehoben werden. Aber der Finanzsenator verhängte rasch neue Beschränkungen, die einer neuen Haushaltssperre gleichkommen: die Steuerausfälle erreichen auch Berlin und sicher ist sicher. Neue Risiken warten schon auf Übernahme: ein verlustreiches Recyclingzentrum in Brandenburg, die Wohnungsbaugesellschaften der Stadt, die in den letzten 10 Jahren gezielt verarmt wurden. Schließlich die Bankgesellschaft Berlin: beim Blick in die Bücher sollen die Bewerber um eine Privatisierung vieles gefunden haben, was ihnen das Land bei einem Verkauf erst noch abnehmen soll.

Inzwischen finden sich in ihrer Verzweiflung neue Bündnispartner bei den Gewerkschaften ein, darunter die "Berliner Tafel", ein wohltätiger Verein, der längst nicht nur für Obdachlose kostenlose Mahlzeiten anbietet. Wenn Arbeitslosen- oder Sozialhilfe verbraucht sind, kommen am Monatsende ganze Familien in die Einrichtungen. Es gibt z.Zt. 260 in der Stadt, Tendenz steigend.

–

Erstveröffentlichung: bvü 2, September 2002

Tariffucht des Berliner Senats - ver.di läuft hinterher

Kurz bevor der neue Bundestarifvertrag für den öffentlichen Dienst unter Dach und Fach war, trat am 8. Januar 2003 das Land Berlin aus dem Arbeitgeberverband aus. Angekündigt hatte es die SPD-PDS-Koalition schon lange, für eine Tarifierhöhung keinerlei Mittel bereitzustellen zu wollen. Im Hintergrund steht seitdem die Drohung des Senats, massiv betriebsbedingt zu kündigen, wenn der vertragliche Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen Ende des Jahres ausläuft. Die Gewerkschaften zeigen sich empört und ratlos. Die Tarifverhandlungen mit dem Senat wurden nach der ersten Sitzung vertagt und sind bis jetzt nicht richtig weitergegangen – zu weit liegen die Ziele des Senats und der Gewerkschaften auseinander. Ein Kompromiß ist nicht in Sicht.

Die Auseinandersetzung lässt sich nicht mehr vertagen, obwohl sich viele Beschäftigte bereits mit baldigen Verschlechterungen abgefunden haben. Denn es lässt sich beim Personal gar nicht soviel sparen, wie zu einer deutlichen Verminderung der Neuverschuldung des Landes Berlin nötig wäre. Der Schuldenstand Berlins wird weiter wachsen, und damit auch auf Jahre hinaus der Sparzwang, dem sich die Sanierer aus allen Parteien beugen wollen.

Ein angekündigter Austritt

Seit 1994 ist das Land Berlin nicht mehr Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und bildete seinen eigenen "Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin" (KAV für

Arbeiter). Ihm gehörten neben dem Land die öffentlichen Betriebe (BVG, BSR, Bühnen, Hochschulen, Wasserbetriebe, Bewag, die Vivantes-GmbH der städtischen Krankenhäuser) an. Seinerzeit wurde auch ein Anwendungstarifvertrag vereinbart, der die Übernahme von Tarifvereinbarungen auf Bundesebene für Berlin garantiert.

Nach dem »Scheitern« des Unsolidarpaktes leitete der Senat im Oktober letzten Jahres die nächste Phase der Auseinandersetzung ein: Da die Drohungen nicht gefruchtet hatten, mussten nun Taten her. Als erstes trat der Senat mit Dreimonatsfrist zum 31. Januar 2003 aus dem KAV aus, um für 13.600 Arbeiter im Landesdienst die erwartete Tariferhöhung nicht mehr zahlen zu müssen. Anschließend erklärte der Innensenator, einen vorgezogenen Ausstieg aus dem Übernahmetarifvertrag für Angestellte zu prüfen, der – als Drohung – ohnehin für Ende 2003 angekündigt war. Mit markigen Worten verwies daraufhin Burkhard Thiemann von ver.di Berlin auf die Rechtslage und eine baldige »Offensive« der Gewerkschaften, die mit eigenen Vorschlägen aufwarten wollten. Die Offensive blieb allerdings aus, da die fast 300 Kolleginnen und Kollegen in der Funktionärskonferenz am 12. November 2002 sich nicht geneigt zeigten, eine Teilkapitulation gegenüber dem Senat mit einer »Offensive« zu verwechseln und ihren Segen dazu zu geben. Am 13. November 2002 stellten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ver.di/GEW/GdP) mit dem DGB Berlin-Brandenburg nur eine Kritik des »Solidarpaktes« und einige Sparvorschläge vor, die sich wegen der Geltung der bundesweiten Tarifverträge auf Fragen jenseits der »Öffnung des Tarif- und Beamtenrechts« beschränkten. Die weiterreichenden »Vorschläge« aus dem Apparat von ver.di Berlin verschwanden erst einmal in der Schublade.

Eine Mobilisierung der Mitglieder fand aber nicht statt. Statt dessen setzte ver.di Berlin auf eine Werbekampagne, die deutlich machen sollte, dass nur Gewerkschaftsmitglieder in unruhigen Zeiten abgesichert seien.

Der Senat aber handelte weiter. Er erklärte nicht nur am 6. November 2002 die »extreme Haushaltsnotlage« und verpflichtete sich damit zu weitgehenden Vorleistungen bei der »Sanierung« des Berliner Haushalts. Er startete auch eine Bundesratsinitiative, die eine zehnprozentige Verminderung der Beamtenbezüge ermöglichen sollte. Als dann mit dem Bremer Schlichterspruch ein baldiger Abschluss im öffentlichen Dienst absehbar war, erfolgte die nicht in den Statuten vorgesehene Kündigung der Mitgliedschaft des Landes Berlin im Arbeitgeberverband. Sie wurde von dessen Vorstand nicht beanstandet: Kein Wunder, ist der Senat doch hier im Wesentlichen mit sich allein.

Bei der Kündigung des Senats, die allein für die etwa 70.000 direkt beim Land beschäftigten Angestellten und die Arbeiter gilt, blieb es nicht. Auf Druck der Landesregierung haben auch die Berliner Hochschulen (außer der FHTW) ihren sofortigen Austritt aus dem Arbeitgeberverband und den Tarifverträgen erklärt.

Die FU wurde mit der Drohung einer drastischen Kürzung (20 Prozent) ihrer Mittel zum Austritt regelrecht erpresst. Mit einem ähnlichen Hebel wie bei den Hochschulen wird der Senat auch die Geltung der Tariferhöhung im Bereich der Wohlfahrtsverbände verhindern können. Auch diese sind auf die Übernahme ihrer Personalkosten durch das Land angewiesen, und können schwerlich eine Aufstockung ihrer Zuschüsse wegen der Tarifabschlüsse durchsetzen – und werden es auch nicht versuchen. Die Diakonie Berlin-Brandenburg (etwa 45.000 Beschäftigte) hat bereits ihren Austritt aus dem Geltungsbereich des BAT angekündigt.

Anders ist die Situation in den traditionell kampfstärksten Bereichen des öffentlichen

Dienstes, bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) und der Berliner Stadtreinigung (BSR). Diesen Unternehmen hat der Senat einen Austritt nicht »nahe legen« wollen und nimmt somit diese Bereiche zielgerichtet aus der Auseinandersetzung um die künftige Tarifgestaltung in Berlin heraus. Der ehemals zusammenhängende, mehr oder minder zusammenhängende Bereich des ÖD ist nunmehr fein filetiert.

In den aktuellen Auseinandersetzungen legt der Senat das ganze Konzept des »Solidarpaktes« wieder auf den Tisch und will sich an den Arbeitszeiten der Beamten (zwei Stunden mehr pro Woche) und den Einkommen der Arbeiter und Angestellten schadlos halten. Im Einzelnen fordert er:

- Eine Anrechnung der Tarifangleichung Ost an West aus dem Jahre 1994 auf einen möglichen Tarifabschluss.
- Verzicht auf Tariferhöhungen bis 2006.
- Ab 2007 Tarifsteigerungen auf diesem abgesenkten Niveau.
- Verzicht auf Urlaubsgeld für alle bis 2005.
- Kürzung des Weihnachtsgeldes ab Vergütungsgruppe VI b bis 2005. Die Tarifgruppe VI b markiert für den Senat bereits die Grenze zu den gehobenen Gehältern, wo es auf das Weihnachtsgeld nicht mehr so ankommt.

Die angebotenen Gegenleistungen fallen ebenso »sozial« aus:

- Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen für weitere zwei Jahre bis Ende 2006.
- Stufenweise Einführung der 38,5-Stunden-Woche im Ostteil.
- Rücknahme der Pflichtstundenerhöhung für angestellte Lehrkräfte.
- Ein Einstellungskorridor für Azubis in der allgemeinen Verwaltung mit einjähriger Beschäftigungsgarantie.
- Übernahme des Verhandlungsergebnisses für die Hochschulen und andere tariffüchtige Einrichtungen.

Die Gewerkschaften setzen diesem Diktat zwei Forderungen entgegen:

1. ein Anwendungstarifvertrag zur Übernahme des Bundestarifvertrages des ÖD in Berlin und
2. die Weiterführung der »Beschäftigungssicherung« – mit der bereits ein massiver Abbau von Stellen im ÖD realisiert wurde – mit einem Tarifvertrag.

Sicher noch im Frühjahr stehen Streiks im ÖD Berlins vor der Tür. An den Auseinandersetzungen beteiligen sich neben ver.di, die GdP, die GEW und die IG BAU, wobei ver.di selbstverständlich die entscheidende Rolle spielen wird.

Ratlose Gewerkschaft

Den Zustand von ver.di beleuchtet eine Konferenz, die am 9. Januar, am Tag nach dem Austritt, unter Beteiligung von etwa 250 ehrenamtlichen Funktionären, die etwa 140.000 Organisierte vertreten, über die Bühne ging.

In der Endphase der Bundestarifverhandlungen wollten die Anwesenden eigentlich etwas über diese Verhandlungen erfahren, hierzu kam es nicht, denn die Landesbezirksvorsitzende Stumpfenhusen mochte zu den Verhandlungen nichts sagen, um Spekulationen und Vermutungen nicht Raum zu geben. Nach der Veranstaltung

auf dem Heimweg konnten sich alle Teilnehmer dann aus den Medien über den aktuellen Verhandlungsstand genau informieren.

Der tags zuvor verkündete Austritt aus den Arbeitgeberverbänden wurde dagegen zur offenen Diskussion freigegeben. Und wie! Hierzu bezog die Kollegin Stumpenhusen keine eigene Position und stellte den Anwesenden eine Denksportaufgabe. Nachdem ver.di im Herbst wegen der Einbindung in die bundesweiten Tarifverträge dem Solidarpakt nicht zustimmen können, sei die Gewerkschaft nun frei von diesen Verpflichtungen. Nun sei alles möglich: Anwendungstarifvertrag? Berliner Sonderregelung – Haustarifvertrag – Arbeitszeitverkürzung? Etwas ganz neues? »Darüber können wir heute reden«. Jeder sollte auch dazu sagen, ob seine »Einrichtung« denn auch streikfähig wäre.

Die Versammlung geriet zur Selbsterfahrungsgruppe, Parteimitglieder der regierenden Parteien riefen zu Petitionen an ihre Parteiführungen auf, mit denen diese auf den Weg der sozialen Tugend zurück gebeten werden sollten: »Was da abgeht, das ist richtig schlimm. Wir wissen doch alle ganz genau, ein Anruf von Gerhard Schröder bei Wowereit, und Wowereit fällt um. Und das müssen wir erreichen, Kolleginnen und Kollegen!«. Großer Beifall. Mehrere Landesbedienstete stellten ihre fehlende Streikfähigkeit heraus: »Vor Weihnachten waren wir 14 Tage von der Telekommunikation abgeschnitten und waren nicht erreichbar. Aber das hat auch gar keiner versucht. Wenn wir streiken, das merkt doch niemand! Ich bin im Landesrat der PDS, komm doch mal, Susanne Stumpenhusen, und erklär uns, warum Du gegen den Solidarpakt bist!« Stimmen, wie die eines Kollegen aus einer Ost-Kita (hundert Prozent streikbereit), waren allein auf weiter Flur.

Immer wieder kam die Frage nach einem juristischen Ausweg: »Das kann doch nicht sein, dass die das dürfen!«. Die mehrfach gegebene, sachkundige Auskunft des Leiters der Rechtsabteilung, dies sei »nicht die Stunde der Juristen, sondern die Stunde der Gewerkschaften!«, wurde nicht verstanden. Ganz am Schluss, die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen war schon gegangen, stellte Burkhard Thiemann die »Konfliktstrategie« vor – ein aufgegliedertes Verhandlungskonstrukt, über viele Wochen verteilt, als gäbe es in Berlin eine Tarifmaschine, die nur richtig in Gang gebracht werden müsste.

Tatsächlich gibt es eine solche Maschine aber nicht. Abgesehen vom Bildungsbereich, wo gemeinsam mit der GEW durchaus Kampfstärke vorhanden wäre, sind die traditionell tragenden Bereiche vom Konflikt gerade ausgeschlossen, weil dort der Tarifvertrag ja gilt. Mehr noch: Unter der Hand machen sich leitende Gewerkschaftsfunktionäre bei der BVG für den Solidarpakt des Senats stark. Eine tatsächliche, öffentliche Diskussion über die anstehenden Konflikte gibt es nicht. Stauend stellte die LB-Vorsitzende fest, dass sich die feindlich gesinnte Presse auch nicht von einem bunten Faltblatt beeindrucken ließ, in dem die begründeten Argumente der Gewerkschaften doch in 20.000 Exemplaren verbreitet wurde.

Wenige Tage nach der Funktionärskonferenz waren die Personalräte Berlins zur Versammlung geladen. Als Gast war Finanzsenator Sarrazin angekündigt. Um ihn gebührend zu empfangen, fand vor der TU (Technischen Universität) eine Kundgebung statt. Der Senator verspätete sich allerdings, die Kundgebung bildete nur den Auftakt für die Versammlung, die im fast gefüllten Audimax (1.200 Sitzplätze) stattfand. Vertreten waren Personalräte aus allen Bereichen und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Sie empfingen den Finanzsenator, der in seinem arroganten Auftritt die längst bekannte Schuldenlage Berlins erläuterte, mit einem ohrenbetäubenden

Pfeifkonzert. In ihren Reden drückten Gewerkschaftsfunktionäre und Personalräte noch einmal ihre Empörung über das Vorgehen des Senats aus. Sie sehen den Betriebsfrieden durch den Senat gestört und forderten ihn unter Beifall auf, doch endlich zu fairen Verhandlungen zurückzukehren und den Austritt aus dem Flächentarifvertrag zurückzunehmen.

Nach diesen Veranstaltungen ist ein feierlicher Abschied fällig: Der alte rechtssozialdemokratische und antikommunistische Gewerkschafter, der im Rahmen der Verhältnisse die Interessen der Kollegen entschlossen vertritt, er ist in Rente gegangen. Auf den Gängen des Apparates raunt es schon, warum die ver.di-Funktionäre denn die Gespräche über den »Solidarpakt« haben scheitern lassen. Auf jeden Fall sei ver.di doch jetzt die Bindung an die bundesweiten Tarifverträge los, die im November noch das Argument gegen den »Solidarpakt« war. »Der Senat setzt sich ja doch durch.« Die Politik der Organisation ist keine Antwort auf die Befürchtungen der Mitglieder. Unter den Beschäftigten geht die Angst vor Entlassungen um – und sie sehen kein Mittel dagegen.

Offene Forderungen

Woran fehlt es zur Zeit? An gewerkschaftlichen Organisationen, in denen sich Leute für ihre Interessen organisieren und deshalb auch wissen, was sie zusammen machen wollen. Das persönliche Schutzbedürfnis der Einzelnen motiviert die Suche nach Rechtsschutz und pfiffigen Anwälten. Es ist allein keine Basis für gemeinsame Aktionen. Ein gewerkschaftlicher Kampf setzt voraus, dass die KollegInnen sich über die gemeinsamen Interessen verständigt haben. Solange diese Verständigung nicht stattfindet, kann auch keiner wissen, wie viel den Kolleginnen und Kollegen an bestimmten Zielen liegt und ob sie dafür kämpfen werden. Es geht nicht um besseren Service in einem Dienstleistungsunternehmen namens »Gewerkschaft« oder eine geschicktere Lobbyarbeit. Es geht – nicht nur bei den geringer Verdienenden – um die Einkommen, es geht um die wachsende Angst vor Entlassung, es geht ganz wesentlich um die Arbeitsbedingungen, um Arbeitszeitverlängerungen, um Stress und Druck, um die fortschreitende Sinnlosigkeit der eigenen Arbeit zum Beispiel im Bildungsbereich (Berufsschulen!). Es geht darum, Punkte zu schaffen, an die Leute andocken können, die sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen wehren wollen.

Denn das merkwürdige ist ja, dass alle wissen, worum es geht: Der Niedergang des Berliner Arbeitsmarktes und der Anstieg der öffentlichen Schulden sind das Ergebnis einer Politik, welche die Besitzverhältnisse heilig spricht, koste es, was es wolle. Von den Milliarden für die Bankgesellschaft ist keine Rede mehr, nur noch davon, dass Berlin – »Wir alle!« – über »seine« Verhältnisse gelebt hat. Den Gewerkschaften wird entgegen gehalten, sie sollten doch sagen, wo das Geld für eine Tarifierhöhung im Berliner Haushalt zu finden wäre! Mit dieser Position geht der Senat von Berlin hausieren. Wenn es um das Sparen, um das Verzichten, um Lohn- und Gehaltssenkungen geht, dann auf einmal verwandeln sich die abhängig Beschäftigten auf einmal in Teilhaber der großen Firma »Berlin« und dürfen etwas einseitig »mitentscheiden« – sie dürfen einsehen, dass für ihr Arbeitsentgelt leider kein Geld da ist.

Löhne und Gehälter sind aber kein zufälliger Kostenpunkt, den man je nach Kassenlage einschränken oder ein wenig ausweiten könnte. Mieten und Preise sinken nicht mit der Zahl der Arbeitslosen oder zur Feier der Halbierung des Weihnachtsgeldes. Löhne und Gehälter sind das Lebensmittel der abhängig Beschäftigten. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, dass die Kolleginnen und Kollegen

zu diesem Geld kommen.

Aber solange die Gewerkschaften nicht einmal ihre eigenen Mitglieder in die Auseinandersetzungen einbeziehen, wird die politische Mehrheit in der Stadt nicht zu gewinnen sein. Solange die Leute vereinzelt bleiben und ihnen jedes Vertrauen in ihre gemeinsamen Möglichkeiten fehlt, ist nicht einmal eine tarifpolitische Auseinandersetzung zu gewinnen. Unsere ersten Forderungen müssen sich daher nicht an die Arbeitgeber, Justiz und Regierung richten, sondern an die Gewerkschaften:

- pünktliche und umfassende Information der Mitglieder,
- öffentliche Diskussion über die Spaltungsstrategie des Senats, der mit der Angst um den Arbeitsplatz Lohndrückerei erreichen will,
- viele kleine und große Aktionen, die die geheime Lust am Widerstand wecken können.

Es gibt keine Alternative zum "Sparen"? Woher das Geld für den Berliner öffentlichen Dienst kommen soll? Es gibt da zwei Wege, die die Einkommen der abhängig Beschäftigten zwischen Flensburg und Konstanz ungeschoren lassen: Verbesserung der öffentlichen Einnahmen durch höhere Steuerzahlungen der Reichen und Superreichen des Landes (Vermögenssteuer zum Beispiel) einerseits und Streichungen bei Militär und bei den Zinszahlungen für die öffentlichen Schulden andererseits. Für solche Forderungen sollte sich auch Solidarität bei den Gewerkschaften in anderen Bundesländern finden lassen. Die Kollegen dort stehen vor ähnlichen Problemen. Auch dort sind Kommunen pleite und werden öffentliche Leistungen abgebaut oder privatisiert.

Deshalb gibt es genauso viele Gründe, zusammen an Veränderungen zu arbeiten. Sich allein auf das Feld von Tarifverhandlungen zu beschränken, reicht dabei nicht aus, denn entscheidende Teile des Lebensunterhaltes hängen schon lange von den Sozialkassen und den staatlichen Sozialleistungen ab.

Die Gewerkschaften stehen auf verlorenem Posten, wenn sie nicht als eigenständige politische Kraft gemeinsam (nicht nur die jew. unmittelbar Betroffenen) dem Senat und dem Bund gegenüber treten und entsprechende Vorstellungen und Forderungen artikulieren. Dazu gehört auch:

- Verteidigung des Bruttolohnes, das heißt keine Absenkung der Versicherungsleistungen zugunsten der Arbeitgeber,
- tatsächliche Offenlegung der öffentlichen Haushalte, der gern beschworenen »Sachzwänge« und ihrer Nutznießer.

Veränderungen müssen gegen den Widerstand der bürgerlichen Presse und der Arbeitgeber durchgesetzt werden. Dafür braucht es Menschen, die für ihre eigenen Interessen eintreten und Organisationen, in denen sie sich zusammenfinden. Dafür braucht es mehr als Beitragszahlung und Verwaltung. Dafür braucht es den organisierten Druck von aktiven Kolleginnen und Kollegen.

Wie weiter: Verhandlungsabbruch, Warnstreik und dann?

Anfang Januar trat der Senat aus dem Arbeitgeberverband aus, um sich absehbaren Tarifsteigerungen zu entziehen. Die betroffenen Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und IG BAU vereinbarten eine Tarifgemeinschaft und legten ihr Kompromißangebot am 26. Februar vor:

- Anwendungstarifvertrag und einen ununterbrochenen Anschluß an das Tarifgebiet

West

- ein Angebot: Zwei Jahre lang sollen bundesweit erreichte Tariferhöhungen auch als Zeitguthaben geleistet werden können, um dem Senat erhöhte Entgeltzahlungen zu ersparen.
- Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen im unmittelbaren Landesdienst sowie den angeschlossenen Betrieben und Einrichtungen bis Ende 2010
- Ein Einstellungskorridor für Azubis
- Rücknahme der letzten Arbeitszeitverlängerungen für Beamte (auf den Stand von Mai 2002)
- Gültigkeit der Vereinbarung auch für die anderen, aus dem Arbeitgeberverband ausgetretenen Einrichtungen (Hochschulen usw.)

In der nächsten Verhandlungsrunde am 19. März kam es zu keinem Ergebnis. Der Senat hatte noch Rückenwind von der Bundesratsentscheidung über die Beamtenbesoldung, die ihm zusätzliche Druckmittel an die Hand gibt: das Urlaubs- und Weihnachtsgeld der verbeamteten Kollegen. Auch an der Arbeitszeitverlängerung für die Beamten will der Senat festhalten. Neben dem Versuch, durch besonderen Druck auf eine Gruppe der Beschäftigten die Solidarität der Gewerkschaften zu durchbrechen, hat der Senat sicher auch ganz praktische Gründe, gegenüber den Beamten besonders unnachgiebig zu sein: die Arbeitszeitverlängerung erspart ihm Personal. Deshalb wird eine allgemeine und gleichmäßige Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigtengruppen als Kompensation für ausbleibende Entgelterhöhungen so massiv abgelehnt. Langfristig könnte ein prinzipielles Ausscheren aus den bundesweiten Tarifverträgen weiteres Sparpotential schaffen. Die Gewerkschaften brachen daraufhin die Verhandlungen ab.

Sicher stecken die Gewerkschaften jetzt in einer Zwickmühle. Ihnen fehlt die Mobilisierung der Basis, die sie seit zwei Jahren unterlassen haben. (Vgl. den Artikel in bvU Nr. 2/September 2002). Das Schielen nach irgendwelchen Bündnispartnern in der Stadt wird nicht helfen. Es genügt nicht, Bündnispartner zu haben, man muß schon selber eine gesellschaftliche Macht sein. Erste Bedingung ist, die verschiedenen Beschäftigtengruppen zusammen zu führen. Allein die Kitas haben in den letzten Jahren 2 mal 9.000 Leute vor das Rote Rathaus bekommen.

Am Warnstreik der Landesbediensteten und der Hochschulen beteiligten sich etwa 5.000 Beschäftigte, 3.000 versammelten sich zur Demonstration auf dem Marlene-Dietrich-Platz. Auch 30 Prozent der Kitas blieben zu, das sind aber weit weniger als bei den letzten Warnstreiks. Aktivität läßt sich nicht ein- und ausschalten, je nach Verhandlungslage. Deshalb sind die Schlußfolgerungen des vorstehenden Artikels zu unbequem und so aktuell.

-

Erstveröffentlichung: bvU 4, April 2003

Selbstmord aus Angst vor dem Tode?

Der Berliner Tarifabschluß im öffentlichen Dienst und der Erhalt des Flächentarifvertrages

Der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst wird als Tausch von Einkommensverzicht gegen Freizeit ausgegeben: Die Beschäftigten arbeiten weniger, und bekommen dafür weniger Geld. Aber unabhängig davon, wie lange der Senat seine Beschäftigten arbeiten läßt, müssen sie doch sich und ihre Angehörigen einen ganzen Monat davon unterhalten: Die Miete sinkt nicht um acht oder zwölf Prozent, weil die bezahlte Arbeitszeit entsprechend vermindert wird. Die Nettoeinkommensverluste fallen etwas geringer aus, da auch die Steuern und Abgaben sinken, und die Anwendung der Tariferhöhungen aus dem Potsdamer Abschluß vom 9. Januar wirkt ebenfalls dämpfend. Was heißt das konkret? Darüber gibt es nicht viel Informationen. Die GEW hat zwei Beispiele für den Kitabereich durchgerechnet. Danach bekommt z.B. eine Erzieherin (Vc BAT, 1 Kind, Lohnsteuerklasse 4, keine Kirchensteuer, Krankenkassenbeitrag 14,9 Prozent) bisher von einem Bruttoeinkommen von 2551 Euro netto 1437 Euro ausgezahlt. Das neue Nettoeinkommen nach dem Tarifvertrag liegt dann bis Mai 2004 bei 1359 Euro - eine Kürzung um etwa 5,4 Prozent. Ab Mai 2004 beträgt das Nettoeinkommen 1377 Euro - immer noch eine Kürzung um 4,1 Prozent. Wenig? Man stelle sich nur einmal, vergleichsweise, vor, Gewerkschaft würden eine vergleichbare Tariferhöhung fordern: Welch ein Geschrei bräche aus in diesem Land. Die Tarifsteigerung, der sich der Senat Anfang diesen Jahres entziehen wollte, betrug gerade mal 2,4 Prozent.

Rückblickend und rein rechtlich gesehen hat es die Tariffucht des Landes Berlin fast nicht gegeben. Der Tarifvertrag, der am 31. Juli 2003 unterschrieben wurde, tritt rückwirkend zum 1.1.2003 in Kraft. Der Austritt des Landes aus den von ihm selbst dominierten regionalen Arbeitgeberverbänden am 8. Januar ist sozusagen unsichtbar gemacht. Nur im Bereich der angestellten Lehrer ist nach wie vor keine Einigung in Sicht. Aber für eine Mehrheit von 70000 Beschäftigten im Landesdienst ist eine Regelung gefunden, mit der sich der Senat auf ganzer Linie durchgesetzt hat. Zwar sind Entlassungen über betriebsbedingte Kündigungen nun bis Ende 2009 vertraglich ausgeschlossen. Weil der Senat aber weiß, daß in den nächsten Jahren Tausende Landesbeschäftigte in den Ruhestand gehen werden, stört ihn das wenig. Ihm geht es darum, die laufenden Ausgaben zu reduzieren. Neue Tarifabschlüsse im Bund nach 2004 werden aber nicht automatisch übernommen. Und wenn es nach dem Innensenator geht, soll über neue Tarife zwar geredet, aber nicht dafür gekämpft werden dürfen: er verlangt von den Gewerkschaft Friedenspflicht bis 2010.

Darüber hinaus hat sich der Senat mit einer besonders kostengünstigen, selektiven Variante von Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt. In den Angestelltenbereichen, in denen die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit nicht komplett durch eine Arbeitsverdichtung aufzufangen ist - trotz erhöhter Betreuungsschlüssel in Kitas und Schulen - fällt die durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung geringer aus (Kitas) oder soll im Gegenteil durch die erhöhte Pflichtstundenzahl für Lehrer auf den Kopf gestellt werden. Während in den Kindertagesstätten zumindest rechnerisch 388 neue Stellen geschaffen werden, sind Neueinstellungen im Lehrerbereich nicht durchzusetzen gewesen. Hier wollte der Senat keinen Kompromiß, weil er sich am längeren Hebel sieht.

Spalten und kürzen - die Taktik des Senats

Um den Druck auf die Gewerkschaften zu erhöhen, hatte der Senat nicht nur Anfang

des Jahres die Wochenarbeitszeit für die Landesbeamten auf 42 Stunden erhöht. Für die meisten Beamten war dies reine Schikane. Ihnen wird täglich erzählt, daß sie ohnehin für die vorhandene Arbeit viel zu viele sind. Nun aber sollten sie länger arbeiten, obwohl man sie gar nicht alle braucht? Es war ein taktischer Schachzug des Senates – bis auf den Schulbereich. Dort verordnete eine parallele Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Senat nicht nur für die verbeamteten, sondern auch für die angestellten Lehrerinnen und Lehrer. Die Mehrheit der 30 000 Berliner Lehrerinnen und Lehrer sind Beamte. Nur eine Minderheit von etwa 4000 Pädagogen arbeitet im Angestelltenverhältnis und hat ein offiziell anerkanntes Streikrecht. Zwar soll die Zahl Lehrerbeamten zurückgehen. Aber solange ihre Arbeitsbedingungen von Staats wegen festgesetzt werden können, will der Senat die Standards im Bildungsbereich nachhaltig senken. Anders als in anderen Zweigen der Verwaltung soll die Arbeitszeitverlängerung von Lehrkräften deshalb nicht zurückgenommen werden, obwohl die Tarifeinigung die Kürzungsvorhaben des Senates realisiert. Denn in den nächsten Jahren wären jährlich einige hundert Neueinstellungen von Lehrern fällig. Der durchschnittliche Berliner »Lehrer« sind Lehrerinnen (69 Prozent) und etwa 47 Jahre alt. Viele davon werden in absehbarer Zeit den Dienst quittieren. Wenn es dem Senat gelingt, den alternden Kollegien vermehrte Arbeitsaufgaben überzuhelfen, so schlägt sich daß direkt in verminderten Neueinstellungen nieder. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schätzt allein den Effekt der verordneten Arbeitszeitverlängerung vom Jahresanfang auf über 1000 Stellen, die sich der Senat »sparen« kann.

Der Senat zielte präzise auf die Spaltungslinien zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen. Nicht allein, daß die traditionell kampfstarke Kommunalbetriebe (BVG, BSR) nicht mit direkten Lohnsenkungen behelligt und so aus der Auseinandersetzung herausgehalten wurden. Nicht allein, daß mit einem nach der Einkommenshöhe abgestuften »Verzicht« um Verständnis geworben wurde. Den Arbeitern und Angestellten drohte der Senat mit dem Auslaufen des Kündigungsschutzes zum Jahresende. Vor allem in Ostberlin haben viele Kollegen noch nicht die 15 Dienstjahre hinter sich, die einen persönlichen Kündigungsschutz begründen. Den Beamten, die man nicht rauswerfen kann, die aber auch kein Streikrecht haben, wurden die Arbeitsbedingungen verschlechtert, an Urlaubs- und Weihnachtsgeld gestrichen und eine Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung nur für den Fall tariflichen Verzichts der Arbeiter und Angestellten in Aussicht gestellt. Den Lehrerinnen und Lehrern bot man gar nichts – der Kündigungsschutz kann sie nicht beeindrucken, da sie ja gebraucht werden – in der Hoffnung, dieser kleine Bereich müsse sich fügen. (Zu den "Zuwendungsempfängern" vgl. den Artikel in dieser Nummer)

ver.di überläßt dem Senat das Feld

Es gab aber auch keinen Versuch von seiten der Berliner Gewerkschaften, dem seit Beginn der Berliner Bankenkrise öffentlich vorbereiteten massiven Anschlag auf die Interessen aller ihrer Mitglieder geschlossen entgegenzutreten. Wie auch in der bundesweiten Diskussion über die Agenda 2010 überließ man dem Gegner das Feld. Fehlende Kampferfahrung läßt sich aber durch noch so große Betroffenheit nicht ersetzen. Allein auf der Verhandlungsebene gab es einen Versuch gemeinsamen Auftretens. Eine Tarifgemeinschaft der betroffenen Gewerkschaften wurde gebildet. Immerhin hat sie ein halbes Jahr gehalten. Ende Juni hielten die verhandelnden Gewerkschaftskollegen weitere Gespäche mit dem Senat für aussichtslos. Ohne besonderen Enthusiasmus machten die ersten Gedanken über eine

Tarifauseinandersetzung in Berlin die Runde.

Einigung auf Spitzenebene

Da kamen die Spitzengespräche zwischen dem ver.di- Bundesvorsitzenden Frank Bsirske und dem Regierenden Bürgermeister, eine Einigung wurde präsentiert, rasch stimmten die Tarifkommissionen zu. Woher kam diese plötzliche Übereinstimmung? Und warum mußte sie von Frank Bsirke ausgehandelt werden?

Der Ausstieg des Landes Berlin aus dem Flächentarifvertrag wurde zwar von der Gewerkschaft nicht als bundesweite Herausforderung begriffen, wohl aber von den öffentlichen Arbeitgebern als bundesweite Chance. Endlich sahen sie eine Möglichkeit, ihren ganz besonderen Problemen in Bund, Ländern und Gemeinden Ausdruck in besonderen Tarifvereinbarungen zu geben. War es bisher so, daß der Bund als Verhandlungsführer in Tarifverhandlungen die unterschiedlichen Interessen von Ländern, zentralstaatlichen und kommunalen Arbeitgebern unter einen Hut bringen sollte, um einen bundesweiten, für Länder und Kommunen gleichermaßen bindenden Tarifvertrag zu erreichen, so löste sich dieser Tarifverbund im ersten Halbjahr 2003 zunehmend auf. Zwar gibt es eine Vereinbarung über eine »Modernisierung« des Tarifsystems im öffentlichen Dienst, die unter einem Gesamteinigungsvorbehalt steht. Aber »Arbeitgeber« gehen selbständig vor, wenn es ihnen paßt, und schaffen Fakten, sie vereinen sich, wo sie es für richtig halten. Nach der Tariffucht Berlins warfen die Länder und der Bund die Kommunen am 9. Mai aus dem Verhandlungsbündnis der Arbeitgeber. Dann entschied die Tarifgemeinschaft der Länder selbständig über eine Kündigung der Tarifverträge zu Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Schließlich zog der Bund nach – und ver.di konnte sich an keiner Stelle zu Protestmaßnahmen entschließen. Parallel trieben die Länder die Flexibilisierung der Beamtenvergütung voran, auch hier gestützt auf das Vorbild des SPD-PDS-Senates in Berlin.

Von der Aussicht auf einen unregelmäßigen Zerfall des öffentlichen Tarifverbundes geschockt, entsetzt vor der Aussicht auf eine Bezahlung der kommunalen Beschäftigten je nach dem Kassenstand des Stadtkämmerers, suchte ver.di panisch nach einem Ausweg. Eine Mobilisierung der Mitglieder, ein Aufbau widerstandsfähiger Basisstrukturen wurde offenbar nicht ernsthaft in Betracht gezogen. Statt dessen wurde für eine papierene »Rückkehr« des Landes Berlin geworben, um das Loch im Flächentarifvertrag wieder zu stopfen. Eine Rückkehr Berlins in einen Tarifvertrag wurde auch erreicht – aber zu welchem Preis! Massiven Einkommensverlusten steht ein Ausschluß betriebsbedingter Beendigungskündigungen gegenüber, der die Umstrukturierungspläne des Senates kaum behindern wird, denn Änderungskündigungen sind ab 2005 zulässig. Die eigenen Mitglieder werden einer zermürbenden Arbeitsverdichtung ausgesetzt werden – ohne jede Möglichkeit der kollektiven Gegenwehr. Wie neue Tarifabschlüsse in Berlin angewendet werden, ist völlig offen. Und wie die bundesweite Tariflandschaft des öffentlichen Dienstes aussehen wird, zu der man in Berlin Anfang 2010 zurückkehren will, läßt sich noch nicht sagen. Es ist davon auszugehen, daß sie sich den Berliner Verhältnissen weiter angenähert haben wird.

Übergewerkschaftliche Solidarität? Fehlanzeige

Beiläufig wurden die Interessen der Berliner Lehrerinnen und Lehrer auf dem Altar der formalen Wiederherstellung des Flächentarifvertrages geopfert. Die GEW drohte mit einem Veto, einen Monat wurde nachverhandelt, am 31. Juli aber unterschrieben die Gewerkschaften einen Tarifvertrag, der die Frage der angestellten Lehrer einfach aussparte. Die Arbeitszeitverlängerung gilt weiterhin. Die drohende Verwahrlosung der

Schule kann die GEW aber nur bremsen, nicht stoppen. Für gemeinsame Aktionen der Gewerkschaften stehen die Chancen schlechter denn je.

Die Niederlage der Berliner Gewerkschaften war nicht notwendig, aber vorhersehbar. Wer so passiv bleibt, kann nur verlieren. Der nun bevorstehende Kleinkrieg in den Betrieben und Einrichtungen wird eher zur Demoralisierung beitragen als zur Einsicht in die eigenen Kräfte und Möglichkeiten. Der Aufruf zum entschlossenen Widerstand in den Betrieben und Einrichtungen ist allein noch keine Lösung, sondern nur der Zugang zu einer richtige Stellung des Problems. Denn nicht nur den Gewerkschaftsvorständen, auch den meisten Kolleginnen und Kollegen ist es unvorstellbar, der gewerkschaftsfeindlichen Stimmung offen entgegenzutreten.

–

Erstveröffentlichung: bvü 5, September 2003